

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Hauptverlag: Bocholt.
Hilfsverlag: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstisches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlag: Bocholt, Marktstraße 14. Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,32 Mk. — Wende-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengeld 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 344

Freitag, den 14. Dezember 1934

Jahrgang 1934

Die letzte Kabinettsitzung in diesem Jahre.

Zwölf Gesetze verabschiedet.

Dank des Führers an seine Mitarbeiter.

■ Berlin, 13. Dezember.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Donnerstag, der letzte in diesem Jahre, noch eine Reihe von Gesetzen, die politische, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Art.

Zunächst wurde ein Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche genehmigt. Der nationalsozialistische Staat fordert von den einzelnen Volksgenossen ein hohes Maß von Opferbereitschaft zum Besten des Ganzen. Ein leuchtendes Beispiel dieser Opferbereitschaft sind die zahllosen Opfer an Blut und Vermögen, die im Kampf um die nationalsozialistische Erhebung von den alten Kämpfern der NSDAP gebracht worden sind. Deshalb muß ein jeder einzelne gewisse Rechte aufgeben, die ihm durch politische Erhebung erwachsen sind, im Interesse der Gesamtheit selbst auf sich nehmen. Lediglich für außergewöhnliche Schäden, deren Tragung ihn nach geltendem Volksempfinden billigerweise nicht allein zumuten ist, kann der Volksgenosse einen gewissen Ausgleich beanspruchen. Dieser Ausgleich kann ihm nach dem Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dezember 1934 unter bestimmten Voraussetzungen und in einem besonders vorgesehenen Verfahren zu Lasten der Allgemeinheit gewährt werden. Doch ist die Anwendung des Gesetzes ausdrücklich auf Vorgänge beschränkt, die sich bis zum 2. August 1934 ereignet haben.

Sodann wurde ein Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiformen genehmigt, ferner ein Gesetz über die „Übernahme von Garantien zum Ausbau der Volkswirtschaft“.

Zur Sicherung und Erhaltung der Nachschubhochwertigen Erzeugnisse des deutschen Hochschulforschens, die für die Hochschullehrer geltenden Altersgrenzen sowie eine Neuordnung der Bestimmungen über die Verweisung von Hochschullehrern und ihre Entbindung von amtlichen Verpflichtungen. Diesen Bestimmungen trägt das heute verabschiedete Gesetz über die Entpflichtung und Verweisung von Hochschullehrern Rechnung.

Ein Gesetz über die „Einführung der Gemeindeförderung“ gibt die Möglichkeit, in gleicher Weise wie vor dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung die Einführung alkoholischer Getränke und unverarbeiteten Brauereierzeugnisse sowie die Einfuhr von Tabakerzeugnissen zu besteuern.

Das Reichskabinett stimmte ferner einem Vorschlag des Reichsinnenministers zu, wonach am Montag, dem 24. Dezember, und Montag, dem 31. Dezember, die Dienstleistungen der Behörden nach den Vorschriften des Sonntagsdienstes geregelt wird.

Ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels schränkt die Errichtung neuer Verkaufsstellen auf bestimmten Gebieten ein. Die Errichtungsstellen dienen gleichzeitig als geschäftliche Grundlage für die Prüfung der Sachkunde und persönlichen Zuverlässigkeit bei der Errichtung neuer Verkaufsstellen und damit zugleich als Überleitung zu einem künftigen allgemeinen Einzelhandelsgesetz.

Das „Gesetz über Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute und Giroverbände sowie Girozentralen“ sieht lediglich die Verlängerung einer den Landesregierungen seit langem für eine zweckmäßige Gestaltung des öffentlichen Kreditwesens gegebenen Ermächtigung vor.

Das „Gesetz zur Änderung des Rechts anwaltschaftlicher“ gibt den Rechtsanwältinnen den im Augenblick möglichen Schutz gegen eine ungesunde Überlegung und eine drohende wirtschaftliche Verfalltür des Anwaltsstandes.

Genehmigt wurde sodann ein „Gesetz über die Kraftloserklärung von Aktien“ und ein „Gesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiete des Kapitalverkehrs“, wodurch die bisherigen Moratorien bei Aufwertungsmaßnahmen im allgemeinen verlängert werden. Gleichzeitig tritt eine gewisse Auflockerung der eingefrorenen Kredite ein.

Ein „Gesetz über den freiwilligen Arbeitsdienst“ schafft die gesetzlichen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Arbeitsdienst.

Schließlich verabschiedete das Reichskabinett auf Antrag des Reichspropagandaministers ein „Gesetz zur Änderung des Lichtspielgesetzes“, wonach in Zukunft von der obligatorischen Mitwirkung des Reichsfilmamateurs abgesehen und seine Tätigkeit auf die Fälle beschränkt wird, in denen die Industrie keine Mitwirkung erbittet. Dieser Bitte wird künftig nur dann entsprochen werden, wenn der Reichsfilmamateur auf Grund des ihm vorgelegten Entwurfes oder Drehbuches die Überzeugung erlangt, daß der Film, dessen Herstellung beabsichtigt ist, einer solchen amtlichen Förderung würdig ist.

Am Schluß der Kabinettsitzung dankte der Führer und Reichsführer den Mitgliedern des Reichskabinetts für die im Jahr zu Ende gehenden Jahr zu leistende Arbeit beim Aufbau des nationalsozialistischen Staates und sprach ihnen für die bevorstehenden Feiertage und zum Jahreswechsel seine besten Wünsche aus. Gleichzeitig teilte der Führer mit, daß er von dem sonst üblichen Neujahrsempfang

der Mitglieder der Reichsregierung in diesem Jahre Abstand nehmen werde.

Das neue Gesetz für den Arbeitsdienst.

DNB Berlin, 13. Dezember.

Unter den am Donnerstag vom Reichskabinett beschlossenen Gesetzen befindet sich auch ein Gesetz über den freiwilligen Arbeitsdienst. Das sehr kurz gefasste Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1.
Die Angehörigen des freiwilligen Arbeitsdienstes unterliegen einer öffentlich-rechtlichen Dienstverpflichtung nach Maßgabe der Vorschriften, die der Reichsminister des Innern auf Vorschlag des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst erläßt.
Außer den sonst üblichen Dienststellen können auch Haft und Arrest verhängt werden.

§ 2.
Die öffentlichen Behörden haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit den mit der Ausübung der Dienstverpflichtung betrauten Dienststellen des freiwilligen Arbeitsdienstes Amt- und Rechtshilfe zu leisten.

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

In der Begründung zu diesem wichtigen Gesetz heißt es wörtlich: Der freiwillige Arbeitsdienst, dem heute beinahe eine Viertelmillion junger Männer laufend angehört, verlangt von der Gefolgschaft unbegrenzten Gehorsam vor den Führern, von den Führern stilles, gerechtes Handeln gegenüber der Gefolgschaft und von allen Angehörigen des Arbeitsdienstes tadellosen Lebenswandel, treue Kameradschaft und tätige Einordnung in die Volksgemeinschaft.

Der Eintritt in den Arbeitsdienst ist freiwillig. Wer sich aber einmal verpflichtet, eine bestimmte Zeit Volk und Staat mit dem Spaten zu dienen, muß sich in die Ordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes voll einpassen und darf auch nicht den Dienst ungesucht vorzeitig verlassen.

(Siehe auch zweite Seite.)

Saarländische Geistliche gegen ein berückichtigtes Separatistenblatt.

Abwehr von Schmähungen deutscher Bischöfe.

DNB Saarbrücken, 13. Dezember.

Mit aller Entschiedenheit haben führende Dechanten des Saargebietes, unter ihnen der bekannte Pfarrer Dr. Schütz, als Vertreter der Saargeistlichkeit, die katholischen Saarbevölkerung gegen einen geschmacklosen Heftartikel des berückichtigten „Separatistenblattes“ Stellung genommen, der unter der Überschrift „Bischöfe als Goebbels-Agenten“ unglaubliche Ausfälle gegen die Oberhirten der Diözesen Trier und Speyer enthielt. Die Dechanten verurteilen und bedauern auf das tiefste die Verleumdungen und ungeraden Angriffe auf die Bischöfe von Trier und Speyer. Sie erklären, daß die beiden Oberhirten stets in besonderer Liebe ihre Hirtenjahren dem Saargebiet zugewandt haben und daß sie in voller Übereinstimmung mit den Anschauungen des hochseligen Bischofs Dr. Korum von Trier stets die Zugehörigkeit des Saargebietes zu den angestammten deutschen Diözesen Trier und Speyer entsprechend der geschichtlichen Entwicklung und dem klaren Ausdruck des Volkswillens vertreten und verteidigt haben. „Zwischen den Bischöfen und dem klaren Ausdruck des Volkswillens steht die Saargeistlichkeit“, so erklären die unterzeichneten Dechanten, „galt und gilt stets der Grundgedanke „Treue und Treue“. Wir weisen daher die Schmähungen des „Separatistenblattes“ entschieden zurück und erklären, daß wir fest und treu zu unseren Bischöfen stehen.

Saartreuekundgebung der saarländischen Wirtschaft.

DNB Saarbrücken, 13. Dezember.

Der Wirtschaftsbeirat der Deutschen Front veranstaltete am Mittwochabend eine Kundgebung, um nach einmal an die ihm angeschlossenen Berufsstände einige Worte über die Württemberg zu richten. Durch sämtliche Ansprachen des Abends ging das Leitmotiv: „Es gilt dem Lande unserer Väter, es gilt dem Lande unserer Kinder, es gilt unserem ewigen Deutschland mit seinem großen Führer Adolf Hitler, es gilt unserer heimelichen Heimat an der Saar.“

Als erster Redner betonte der Präsident der Handelskammer, Bobo Racher, daß die Rückkehr des Saargebietes unter allen Umständen und bedingungslos feststehe. Sie sei für alle anständigen Menschen Sache des Herzens und des Blutes und keine Handelsfrage.

Der Präsident der Handwerkskammer, Schmeltzer, der im Namen von 80.000 abstimmberechtigten Handwerkern und ihrer Familien sprach, sagte u. a.: „Wir wollen endlich Ruhe haben vor denen, die die Rüge verbreiten, die Saarbevölkerung sei zweifelhafte in ihrem Volkstum. Wir werden am 13. Januar geschlossen wie ein Mann eintreten für die vorbehaltlose Wiedervereinigung mit unserem Vaterlande. Und wir kennen nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland.“

Dr. Savelouis, der Wirtschaftsberater der Deutschen Front, führte aus, daß bei den Verhandlungen von Rom und Genf der Status quo tatsächlich beibehalten worden sei. Das Saargebiet werde zurückgegeben zu Deutschland, wo ein Volkskanzler wie Adolf Hitler mit dem Volk verbunden sei, wie nie eine Regierung mit ihrem Volk verbunden gewesen sei. Das Verbleiben zu Deutschland sei unabhängig von allen wirtschaftlichen Erwägungen.

Für den Schutzbund für Handel und Gewerbe erinnerte dessen Vorsitzender, K. H. L., an den 15-jährigen Leidensweg des Saargebietes seit der Loslösung vom Mutterlande. Für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes könnten nur jene wozulassen und wozulassen Elementen eintreten, die damit ein Ziel für ihre dunklen Machenschaften schaffen wollten. Das lehnten alle ehrbaren deutschen Handwerker und Kaufleute mit aller Entschiedenheit ab.

Englische Quartiermacher eingetroffen.

DNB Saarbrücken, 13. Dezbr.

Am Donnerstagvormittag sind in Saarbrücken sechs englische Offiziere unter Führung des Obersten Campbell eingetroffen. Sie werden die Ankunft des englischen Truppenkontingentes technisch vorbereiten und besonders für die Quartierbeschaffung sorgen.

Aller Voraussicht nach werden die internationalen Polizeitruppen nach Saarbrücken, Saarlouis, Neunkirchen und Homburg geleitet werden. Für ihre Unterbringung an diesen Orten sind noch keine Ge-



Generalmajor J. E. G. Brind,

der Oberbefehlshaber der Internationalen Saartuppen,

der am Burenkrieg und Weltkrieg teilgenommen hat, ist Donnerstag vormittag von London nach Saarbrücken abgereist.



Der neue Schweizer Bundespräsident

Rudolf Winger
Die vereinigten Bundesparlamente wählten am Donnerstag den Vizepräsidenten Bundesrat Rudolf Winger, Leiter des Militärdepartements (Bürger- und Bauernpartei) zum Bundespräsidenten. Vizepräsident wurde Bundesrat Dr. Albert Meyer, Leiter des Finanz- und Volksdepartements.

Tagesrundschau.

Prozess gegen 126 Memel-Deutsche.

Heute beginnt vor dem Kriegsgesetz in Rowno der wahrscheinlich größte politische Prozess der Nachkriegszeit. Auf der Anklagebank sitzen 126 Memel-Deutsche, denen die über fünfhundert Druckseiten starke Anklageschrift vorwirft, sie hätten nationalsozialistische Geheimorganisationen im Memelgebiet gegründet, sie hätten staatsfeindliche Verbindungen mit Organisationen im Reich unterhalten, und sie hätten das Memelgebiet in einem bewaffneten Aufstand von Litauern losreißen wollen. Zum Verständnis dieser Anklage sei zunächst an einige politische Tatsachen erinnert. Im Memelgebiet herrschen bekanntlich seit geraumer Zeit Zustände, die mit dem für die Verwaltung dieses Gebietes maßgeblichen Statut unvereinbar sind und auf die die Reichsregierung die Garantestaaten, England, Frankreich, Italien und Japan, nachdrücklich aufmerksam gemacht hat, sodaß diese sich zu einem Schritt in Rowno veranlaßt sahen. Auch wenn gegen alles Recht augenblicklich im Memelgebiet das großlitauische Direktorium Bruvelaitis regiert, kann der deutsche Charakter des Memellands nicht angezweifelt werden. Im Memelland, der regierungslosigkeitsmäßig beschlunfähig gemacht worden ist, sitzen unter 20 Abgeordneten nur fünf Großlitauer. Die deutsche Memelbevölkerung gab bei den letzten Gemeindevahlen am 23. Mai 1933 vorzugsweise zwei neuen Parteien ihre Stimme: der Christlich-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft des Memellandpfarrers Freiherr Theodor von Sah und der Sozialistischen Volksgemeinschaft des Heydtrüger Kreistierarztes Dr. Neumann. Diese beiden Führer des Memeldeutschentums sind inzwischen zu Mätyrern ihrer Überzeugung geworden. Monatelang hat vor allem Dr. Neumann in Unterdrückungshaft verbleiben müssen, ohne daß ihm auch nur die mindeste Gelegenheit geboten wurde, zu den schweren Vorwürfen Stellung zu nehmen, die man gegen ihn erhebt. Auf die unerhörte Behandlung der Memeldeutschen in den litauischen Gefängnissen, in denen von den 126 Angeklagten bis zum Prozeßbeginn noch etwa 80 gehalten worden sind, wies vor wenigen Wochen erst der böslich unvoreingenommene englische Rechtsanwalt Lawrence hin. Seine Befundungen haben der europäischen Kulturwelt zum ersten Male die grundsätzliche Bedeutung des Memelproblems nahegebracht. Er sagte klar heraus, daß es den Litauern bei dem Prozeß lediglich darauf ankomme, Unschuldigen zu verurteilen, um die Memelländer von der Verteidigung ihrer Rechte abzuhalten. Und weil sie diese verteidigten, wurden die 126 Deutschen nicht nur ins Gefängnis geworfen, wurde nicht nur ihre Existenz und die Lebensgrundlage ihrer Familien vernichtet, sondern soll auch nach den Ankündigungen der litauischen Presse verschiedenen von ihnen die Todesstrafe drohen. Was ist zu der Anklage zu sagen? Zunächst daß es sich bei den nationalsozialistischen „Geheimorganisationen“ um die beiden oben genannten Parteien handelt, die ihr Programm in aller Öffentlichkeit bekannt gegeben und vom litauischen Kriegskommandanten unmittelbar nach ihrer Gründung die amtliche Anerkennung und Befähigung ihrer Satzungen erhalten hatten. Es sind selbständige memelndeutsche Parteien, die mit der NSDAP im Deutschen Reich wohl vieles gemeinsam haben, aber auf die im übrigen zutrifft, was in der Erklärung des Stellvertreters des Führers Rudolf Heß vom 17. Juni v. Js. festgestellt wurde, daß nämlich die NSDAP es ablehne, sich irgendwie in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Was endlich der Vorwurf der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes anlangt, so stützt er sich hauptsächlich auf die Beschlagnahme von etwa 1000 Waffen. Aber diese Waffen sind Jagdgewehre und Pistolen, für die ordnungsmäßig ausgestellte Waffenscheine vorliegen. Und mit diesen Waffen sollen die „Geheimorganisationen“ geplant haben, einen Aufstand gegen Litauern mit seiner modern ausgerüsteten Armee zu unternehmen! Der Prozeß in Rowno wird sich gewissermaßen vor der europäischen Öffentlichkeit abspielen. Die Mätyrern der deutschen Sache, die sich gegen die Litauisierung des Memelgebietes mit allen Rechtsmitteln zur Wehr gesetzt haben, werden hoffentlich das europäische Gewissen erwecken. Unmöglich kann das sanktioniert werden, was augenblicklich im Memelland auf dem Gebiete des Schulwesens, der Verwaltung, der Gesetzgebung geschieht. „Das Memelgebiet bildet unter der Souveränität Litauens eine Einheit, aufgebaut auf demokratischen Grundgesetzen...“ so heißt es in den Eingangssätzen des Memelstatuts, das zum Schutze der deutschen Bevölkerung des Memelgebietes erlassen worden ist. Die Regierung in Rowno mit ihren großlitauischen Zielen aber und ihre Funktionäre im Memelgebiet treiben unter Mißachtung dieser Gesetzesbestimmungen eine freche, politische Politik zur Rechtslosmachung, ja Ausrottung des gebildeten Memeldeutschentums. Es wird Zeit, daß die Rownoer Verantwortlichkeit vor aller Welt festgestellt wird. Hoffentlich wird der nun beginnende Prozeß die Wirkungen einer aufwühlenden Fanfare haben!

150 Jahre „Times“.

Am 1. Januar 1835 wird die einflussreichste und, man darf ruhig sagen, berühmteste Zeitung der Welt, die „Times“, ihr 150-jähriges Jubiläum feiern. Seit dem 1. Januar 1786, als John Walter

die erste Nummer des „Daily Universal Register“ veröffentlicht, ist aus dem kleinen, unbedeutenden Blättchen eine Zeitung geworden, die seit langen Jahrzehnten in der ganzen Welt, obwohl sie durchaus unabhängig ist und keinen offiziellen Charakter hat, als das Sprachrohr der englischen Regierung mit der größten Aufmerksamkeit gelesen wird. Die Auflage der „Times“ (nach den letzten Angaben ungefähr 200 000) drückt die Bedeutung und den Einfluß des Blattes keineswegs aus. Die „Daily Mail“ des Lord Rothermere und der „Daily Express“ des in Kanada reich gewordenen Lord Beaverbrook haben eine um ein mehrfaches höhere Auflage. Aber es war niemals der Ehrgeiz der „Times“, die man das seriöseste englische Blatt nennen darf, „populär“ zu sein. Ihr Stolz besteht darin, daß die in ihr gedruckten Nachrichten nicht nur als die maßgebende englische Meinung gelten, sondern im Laufe der 150-jährigen Geschichte oft genug der Regierung die Bahn ihres Handelns vorgezeichnet haben. Die mehrbändige „Geschichte der Times“, die sich zurzeit in Vorbereitung befindet, wird nicht nur in England mit großem Interesse gelesen werden. Sie wird zugleich eines der wichtigsten Kapitel der Geschichte des Weltjournalismus sein, das vor allem den Einfluß des Zeitungswesens auf die große Politik klar demonstrieren dürfte. Die „Times“, die ihren heutigen Titel seit 1788 führt, wurde als liberale Nebenbuhlerin der „Morning Post“ gegründet, aber im Laufe des 19. Jahrhunderts immer konservativer ausgestaltet. Unter dem Nachfolgern des Gründers ragt insbesondere sein Sohn hervor, der (1802 bis 1847) das Blatt gegen alle Widerstände unabhängig von der Regierung machte. 1908 wurde sie von dem Besitzer der Halbpenny-Presse Alfred Harmsworth, dem späteren Lord Northcliffe, erworben, der sie zum glanzvollen, wenn auch unwirtschaftlichen Mittelpunkt von vier großen, der Rederei und Brauindustrie nahestehenden Familienkonzernen machte, darunter die „Daily Mail“, die noch heute im Besitz von Northcliffes Bruder, dem oben genannten Lord Rothermere, ist. Seit 1922 ist die „Times“ im Besitz der The Times Publishing Co. Ltd., deren Hauptinhaber der Baronet des Gründers und J. J. Astor sind. Zur Sicherung der Unparteilichkeit, der politischen und geschäftlichen Unabhängigkeit, wurde von diesem ein besonderer Ausschuss eingesetzt, dem u. a. jeweils der erste Richter des Landes und der Gouverneur der Bank von England angehören sollten.

Das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei.

DNB Berlin, 13. Nov.

Das neue „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiform“ soll die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 ersetzen. In einzelnen Bestimmungen sind nicht unerhebliche Änderungen des bisherigen Rechts vorgenommen. Im ganzen bedeutet jedoch das Gesetz nur eine Anpassung der oben genannten Verordnung vom 21. März 1933 an die in der Zwischenzeit eingetretene Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse.

In § 1 des Gesetzes heißt es: Wer vorsätzlich eine unwahre oder grob falsche Mitteilung verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reiches oder das Ansehen der Reichsregierung oder der NSDAP oder ihrer Gliederungen schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren, und wenn er die Verbreitung öffentlich ausstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Wer die Tat grob fahrlässig begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bestraft.

Nicht strafbar ist die Tat ausschließlich gegen das Ansehen der NSDAP oder ihrer Gliederungen, so wird sie nur mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers oder der von ihm bestimmten Stelle verfolgt.

Neu ist daran vor allem, daß eine Tat, die sich ausschließlich gegen das Ansehen der NSDAP richtet, nur mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers verfolgt werden soll. Durch diese Vorschrift soll ermöglicht werden, daß leichtere Fälle, an deren Verfolgung der Partei nichts gelegen ist, straflos bleiben.

Nach § 2 des neuen Gesetzes wird mit Gefängnis bestraft, wer öffentlich gefälschte, beherrschte oder von niedrigen Gelehrten ausgehende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen getroffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben. Den öffentlichen Äußerungen stehen nichtöffentliche gleich, wenn der Täter damit rechnen oder rechnen muß, daß die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde. Nach den bisherigen Vorschriften konnten unter Umständen derartige Äußerungen nur mit unzulänglicher Strafe geahndet werden. Diesem Mangel soll jetzt abgeholfen werden; jedoch soll nicht jede Äußerung, die den Tatbestand der Vorschrift erfüllt, verfolgt werden. Im allgemeinen soll die Verfolgung nur eintreten, wenn die Straflosigkeit der Tat im Interesse des Gesamtwohles und des Ansehens von Staat und Partei nicht tragbar wäre. Um eine einheitliche Beurteilung der Fälle, wann diese Voraussetzungen gegeben sind, zu gewährleisten, ist vorgesehen, daß die Tat nur auf ausdrückliche Anordnung des Reichsministers der Justiz verfolgt wird, der, falls die Tat sich ausschließlich gegen leitende Persönlichkeiten der NSDAP richtet, die Entschcheidung im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers trifft.

Nach § 3 wird der, wer eine strafbare Handlung begeht oder androht und dabei, ohne dazu berechtigt zu sein, eine Uniform oder ein Abzeichen der NSDAP oder ihrer Gliederungen trägt oder mit sich führt, mit Zuchthaus, in leichteren Fällen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Wer die Tat in der Absicht begeht, einen Aufruhr, oder in der Absicht, Angst oder Schrecken zu erregen, oder dem Deutschen Reich außenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden. Nach diesen Vorschriften kann ein Deutscher auch dann verfolgt werden, wenn er die Tat im Ausland begangen hat.

Nach § 4 wird, wer seines Vorteils wegen oder in der Absicht, einen politischen Zweck zu erreichen, sich als Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen ausgibt, ohne es zu sein, mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch hier wird die Tat nur mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers oder der von ihm bestimmten Stelle verfolgt. Eine entsprechende Strafvorschrift hat bisher im geltenden Recht gefehlt.

Nach § 5 wird, wer parteiamtliche Uniformen, Uniformteile, Gewebe, Fahnen oder Abzeichen der NSDAP, ihrer Gliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände ohne Erlaubnis des Reichsministers der Justiz gewerbsmäßig

Der memelländische Landtag wieder beschlußunfähig gemacht!

Das Direktorium Brudelaitis wagt keine Entscheidung.

Misträuen der Mehrheit gegen die Zentralregierung.

DNB Memel, 13. Dez.

Die mit außerordentlicher Spannung erwartete Sitzung des Memelländischen Landtages brachte eine Ueberraschung, die nach der Voraussetzung im Organ des Gouverneurs nicht zu erwarten gewesen war. Während hier erklärt war, daß das Direktorium Brudelaitis das Vertrauen des Landtages erringen würde, da es den Ausgleich der Gegensätze anstrebe und die Landwirtschaftsgruppen, mit denen zweifellos die Vertreter der Landwirtschaftspartei gemeint waren, Brudelaitis und seinen Männern das Vertrauen aussprechen würden, blieben auch diesmal die Abgeordneten des litauischen Blockes der Sitzung fern, um die beschlußunfähig zu machen. Brudelaitis war sich anscheinend klar darüber, daß er auf keinerlei Unterstützung von Seiten der Landwirtschaftspartei rechnen könnte. So trat wieder die Tatsache in Erscheinung, daß gerade die „Regierungspartei“ bei der Einführung ihrer Männer nicht zugegen war. Brudelaitis' Direktoren fehlten ebenfalls bei der Sitzung und so mußte ohne weiteres das Ergebnis eintreten: Die beschlußunfähigkeit.

Vor Eröffnung der Sitzung gab Gouverneur Navakas eine Erklärung ab, in der er zunächst auf das Verbot der sozialistischen Volkspartei und der christlich-sozialen Volkspartei einging und an den am Freitag in Romo beginnenden Prozeß erinnerte, in dem die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen werde.

Er unterließ die angelegliche Staatsfeindschaft dieser Parteien, die das Direktorium Brudelaitis gebildet und unterstützt habe, so daß er es habe ablehnen müssen.

Navakas behauptete, daß er als Oberste Behörde des autonomen Memelgebietes (1) und der Zentralregierung das Memelstatut stets loyal durchgeführt und niemals verletzt habe. (2) Dem Direktorium Navakas sei vom Landtag bei seinen Maßnahmen zur Durchführung notwendiger Gesetze keinerlei Unterstützung zuteil geworden, doch habe der Landtag von der Möglichkeit, Navakas das Misträuen auszudrücken, keinen Gebrauch gemacht. Da die Gesetze zur Verwaltung des Gebietes notwendig gewesen seien, so habe er nach dem Rücktritt von Navakas Brudelaitis beauftragt, der ein neues Direktorium habe bilden können. Zum Schluß betonte Navakas, der Land-

tag habe nach dem Statut nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Diese müsse er jetzt erfüllen.

Navakas überließ dabei, daß gerade die litauischen Abgeordneten diese Pflicht durch ihr Fernbleiben von der Sitzung verletzten.

Nach Feststellung der beschlußunfähigkeit verließ auch Brudelaitis den Sitzungssaal. Der Abgeordnete Kiechert verlas die Erklärung der Memelpartei, die Brudelaitis ebenso wie seinem Vorgänger das Vertrauen verleihe. In dieser sehr eindeutigen und scharfen Erklärung wurde zunächst die Erklärung des Landtages vom 6. 11. gegen das Direktorium Navakas wiederholt, dem damals ebenfalls das Vertrauen verlegt wurde. Dann wurde in dieser Erklärung Verwahrung gegen 10 ungeschickliche Maßnahmen eingelegt. In der Erklärung der Mehrheitsparteien heißt es schließlich:

Der Landtag erhebt nach seiner heutigen Sitzung vor aller Öffentlichkeit scharfen Protest gegen die vorstehend geschilderten untragbaren und statutenwidrigen Verhältnisse und verlangt ein Direktorium, das das Vertrauen des Landtages besitzt und das geschickte Unrecht wieder auf macht. Brudelaitis und sein Direktorium besitzen nicht das Vertrauen des Landtages.

Zu der Erklärung der Mehrheitsparteien erfahren wir ergänzend, daß auch die beiden Mitglieder der Arbeiterpartei, die anwesend waren, Surau und Galeiva schriftlich dieser Erklärung beigetreten sind, so daß von den 16 anwesenden Abgeordneten nur der sozialdemokratische Abgeordnete Kislat die Erklärungen nicht unterzeichnet hat.

Dem Abgeordneten Galeiva war ein gefälschtes Telegramm zugegangen, in dem es heißt: „Er scheinen nicht erforderlich, wir nehmen nicht teil.“ Surau. Dieses Telegramm hat Surau nicht abgelehnt. Der dritte Abgeordnete der Arbeiterpartei, Hef war ebenfalls zur Landtagssitzung aufgebrochen, ist aber in Memel nicht eingetroffen.

Die Abgeordneten des litauischen Blockes haben sich, soweit sie nicht in Memel wohnhaft sind, ebenfalls in Memel befunden. Daraus schließt man, daß das Direktorium Brudelaitis bis zum letzten Tag gehofft hat, ein Vertrauensvotum zu erhalten. Die vier Abgeordneten, die automatisch hätten nachrücken müssen, nachdem den vier anderen Mitgliedern der Mehrheitsparteien das Mandat entzogen war, sind vom Gouverneur nicht geladen worden, so daß also nur 25 Abgeordnete Einladungen erhielten.

Der „Fall Breslau“ im Rundfunkprozeß.

Magnus und die Funkstunde-Aktien.

Berlin, 13. Dezember.

Im großen Rundfunkprozeß ging der Vorfall am Donnerstag auf die Anlagepunkte ein, die sich auf den sogenannten „Fall Breslau“ beziehen. Die Schlesische Funkstunde hat sich von Anfang an in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen befunden und hat bis 1929 Zuschüsse von der Reichs-Rundfunkgesellschaft erhalten. Die Anlage wurde den Angelegten vor, trotz dieser Verhältnisse die Aufsichtsratsbeschlüsse bei der Schlesischen Funkstunde entgegen den Satzungsbestimmungen erhobt zu haben. Von 1926 bis 1928 erhielten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich 1000 RM. Tantieme und 1000 RM. Aufwandsentschädigung. Jorek als Aufsichtsratsvorsitzender bekam die doppelten Bezüge. Die 2000 RM. jährlich erhielten auch Bredow und Magnus sowie Ministerialrat Giesecke, die als Vertreter der Reichs-Rundfunkgesellschaft Aufsichtsratsmitglieder waren.

Dr. Magnus erklärte auf Befragen durch den Vorsitzenden, die Aufsichtsratsmitglieder der Schlesischen Funkstunde hätten eine Erhöhung ihrer Bezüge gefordert, weil auch bei den anderen Rundfunkgesellschaften weit höhere Bezüge gezahlt würden. Er sei in dieser Richtung bei Bredow vorstellig geworden. Bredow sei bereit gewesen, die Bezüge von 2000 RM. auf 2400 RM. zu erhöhen.

Als der Vorsitzende Dr. Bredow vorstellte, daß sein Betreiben doch eigentlich dahin hätte gehen sollen, die Bezüge zu senken, erklärte Dr. Bredow: „Man kann nicht überall seine Grundzüge hundertprozentig durchsetzen oder mit rigorosen Mitteln vorgehen.“

Der Angeklagte Jorek schilderte dann die Zustände bei der Schlesischen Funkstunde, als er 1928 den Vorsitz der Aufsichtsratsmitglieder übernahm. Die Schlesische Funkstunde sei fast verfallen gewesen. Ihm sei es durch außerordentlich sparsame Wirtschaftsführung gelungen, die Kosten erheblich zu senken.

Der Vorsitzende fragte Jorek dann, wie es mit seiner Aktienbeteiligung an der Schlesischen Funkstunde gestanden habe. Nach der Anlage wird Jorek vorge-

worfen, er hätte durch Spekulationen mit den Aktien der Schlesischen Funkstunde erhebliche Gewinne erzielt. Jorek gab an, er habe insgesamt für 87 000 RM. Aktien der Schlesischen Funkstunde, und zwar nominal 98 000 RM., gekauft, und diese 1932 für 130 000 RM. verkauft. Die Aktienkäufe seien teils Einzelkäufe, teils durch Spekulationen erfolgt.

Sodann stellte der Vorsitzende die Prozeßkosten-Angelegenheit des früheren Intendanten der Schlesischen Funkstunde, Bischoff, zur Erörterung. Bischoff hatte als Intendant die Kosten für mehrere Autounfälle, Prozesse, in denen er angeklagt war, durch die Schlesische Funkstunde erstattet bekommen.

Am Nachmittag wurde die Erörterung des Falles Breslau abgeschlossen und als Zeuge der Schriftsteller Koeffer vernommen, der nach der Anlage in Verbindung mit dem Verkauf von Aktien der Funkstunde von Magnus Schweigegeld erhalten bekommen haben soll. In einem Schreiben an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Funkstunde, Bredow, hatte Magnus von dem Zeugen gesagt, er habe wie ein Experte an ihm gehandelt. Der Zeuge erklärte nachdrücklich, er habe niemals Schweigegeld von Magnus bekommen.

Am Schluß der Sitzung wurde noch der Vermittler Dr. Saalfeld vernommen, der bei dem Aktienverkauf an den Aktien-Kongress als Vermittler tätig gewesen ist. Aus der Vernehmung des Zeugen ergibt sich, daß er mit Dr. Franz Ullstein in das Verkaufsgeschäft abgefallen habe. Als der Verkauf auf dem Wege war, hatte sich aber herausgestellt, daß die Erwartungen des Ullstein-Verlages offenbar nicht in Erfüllung gegangen waren, denn der Ullstein-Verlag glaubte, mit dem Verkauf der Funkstunde-Aktien gleichzeitig auch die Anteile der Funkstunde-G. m. b. H. des Verlages der Zeitungen der Funkstunde, erworben zu haben. Dies war aber nicht der Fall. Dr. Ullstein hat damals dem Zeugen erklärt, man sei im Hause Ullstein nicht gerade sehr begeistert von diesem Ankauf und er sollte versuchen, die G. m. b. H. Anteile auch noch zu erwerben. Als er, der Zeuge, dann bei Magnus deswegen anfragte, hat dieser sich entschieden abweisend geäußert und erklärt, er sei grundsätzlich gegen jede weitere Vergabe von Aktien.

Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vormittag vertagt.

Garantieübernahme zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft.

Berlin, 13. Dezember.

Die Reichsregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am Donnerstag ein „Gesetz über die Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft“ beschlossen. In dem Gesetz, das im ganzen nur fünf Paragraphen umfaßt, wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, zum Ausbau der deutschen Rohstoffwirtschaft Garantien zu übernehmen. Weiter kann der Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Maßnahmen treffen, um das Reich, soweit es aus den Garantien in Anspruch genommen wird, zu entlasten. Die Durchführungsbestimmungen werden vom Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen erlassen, doch ist vorgesehen, daß gegebenenfalls der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft oder der Reichsminister der Wirtschaft übernehmen können.

Mussolini gegen Miesmacherei.

Rom, 12. Dezember.

Garba geht im „Giornale d'Italia“ auf das Dementi ein, das Mussolini im „Popolo d'Italia“ gegen Gerüchte über Gefallsitzung, Mißpreislenkung, Lira-Entwertung usw. veröffentlicht hat.

hat. Diese Gerüchte, sagt Garba, obwohl sie nicht zusammenpassen, können vollkommen im Einklang mit dem miesmacherei des Wandern, die gegen die italienische Währung unternommen würden. Dazu gehörte der Versuch, die Stimmung der Arbeitermassen zu unterminieren, die Greuelmeldungen wegen der italienischen Finanzlage zu verbreiten und Mischtrauen in die Stabilität der Lira zu säen, alles Bedingungen, die für die Auswanderung des italienischen Kapitals nach dem Auslande günstig seien. Diese phantastischen Gerüchte seien unumkehrbar nach dem bemerksamen, daß sie unmittelbar nach gewissen Besuchen ausländischer Elemente aufgetaucht seien, die an den italienischen Finanzen sehr interessiert seien. Es handele sich hier wieder einmal um ausländische Mächte gegen die Länder des Goldblocks. Dieses Mischtrauen sei geheimer. An der Lira werde nicht gerüttelt. Garba wendet sich dann gegen verschiedene englische Pressestimmen und Journalisten, die eine seiner Meinung nach unbegründete und unklare Haltung gegenüber der italienischen Lira eingenommen hätten. Seit England das Pfund entwertet habe, hätten in London die Verluste nicht auf, auch die in den gefundenen Währungsgrundlagen treuen Länder zum Verlassen des Goldstandards und zur Inflation zu veranlassen. Es bestähe aber und Garba legte das mit seinen bekannten Argumenten ausführlich dar — feinerlei Anlaß, die schlechten Erfahrungen, die England gemacht habe, nachzuahmen.

Schuschnigg in Budapest.

DNB Budapest, 13. Dez.

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger-Waldenegg sind Donners-tag am 12. in Budapest angekommen. Der österreichische Regierung zu dem ersten amtlichen Besuch bei der ungarischen Regierung eingetroffen. Der österreichische Bundeskanzler und der Außenminister bleiben bis Sonnabendnachmittag in Budapest.

Roosevelt gegen Kriegsgewinnler.

Washington, 12. Dezember.

Das Weiße Haus hat am Mittwoch ein Gesetz angekündigt, das das Wiederaufleben von „Kriegsgewinnlern“ in zukünftigen Kriegen unmöglich machen soll. Präsident Roosevelt rief die Minister für Wehrwesen, Krieg, Marine, Landwirtschaft und Arbeit, seine Wirtschaftsberater Root und Baruch sowie den früheren Vize-Präsidenten, General Johnson, zu einer Sitzung zusammen und hat sie, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzubereiten. Diesen Entwurf will Roosevelt bald nach Beginn der Kongresssession mit einer Sonderbotschaft dem Kongress unterbreiten.

50 000 Reichsmark auf Los Nummer 379 195.

DNB Berlin, 13. Dezember.

Bei der Ziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel der Haupttreffer 50 000 Reichsmark auf den Los Nummer 379 195, das in der ersten Abteilung in Bieteln im Rheinland, in der anderen in Aßeln in Niederschlesien gespielt wird.

Steckbrief gegen Hilt.

DNB Saarbrücken, 13. Dezember.

Der Untersuchungsrichter des Obersten Untersuchungsgerichtshofes hat gegen den Getreide des Grubenneuers Rosenfeld, Josef Hilt, der vor kurzem die bekannte Rundfunkrede hielt, einen Steckbrief wegen schweren Diebstahls erlassen.

Und wie steht es mit der Strafsache Rosenfeld?

Der Schuleinsturz beim Weihnachtskonzert.

Leipzig, 13. Dezember.

Das Einsturzungslud in der St. Clemens-Schule hat sich glücklicherweise als nicht so schwer herausgestellt, wie es nach den ersten Meldungen der Anwesenden hatte. Die weitestgehende Zahl der betroffenen Kinder wurde nur leicht verletzt und konnte nach der ersten Unfallhilfe in ihre Wohnungen gebracht werden. Nur einige Kinder schwerere Verletzungen davongetragen. Die Katastrophe ereignete sich während eines Weihnachtskonzerts, dem ungefähr 500 Eltern und Schulkinder beiwohnten. Während der Darbietung erfolgte plötzlich das Licht und mit lautem Getöse brach ein Teil des Fußbodens zusammen. Hunderte von Männern, Frauen, Knaben und Mädchen stürzten etwa 8 Meter tief in das Erdgeschoß. Polizei, Feuerwehr, Rettungsmannschaften und freiwillige Helfer waren in kurzer Zeit zur Stelle und begannen mit der Bergung der Verunglückten. Viele Verletzte wurden teils in Krankenträumen, teils in schnell requirierten Privatautos, Taxis, Trambushwagen und Lastkraftwagen nach den verschiedenen Krankenhäusern gebracht. Nach dem Bericht aus sechs Krankenhäusern wurden 211 Personen ver-bunden. Davon mußten insgesamt 38 Personen, darunter eine Anzahl Kinder, in den Anstalten verbleiben. Mehrere befinden sich in Lebensgefahr. Es ist als ein Glück zu betrachten, daß der größte Teil des Fußbodens in einem Stück im Erdgeschoß stürzte. Dadurch wurde das Werk der Helfer, die die Verletzten aus den Trümmern in den Raum drangen, sehr erleichtert. Große Geistesgegenwart zeigte der Schulleiter, der nach dem Unglück sofort in den Keller lief und alle Gas-schläuche abperzte. Hierdurch wurde eine große Katastrophe verhindert, da bei dem Einsturz mehrere Gasrohre zerbrochen und das Gas frei herausströmte.

Zwölf Tage Robinson.

DNB Visabon, 13. Dezember.

Zwei Deutsche hatten vor 12 Tagen der an der Westküste Portugals liegenden kleinen Insel Viera-gas, die infolge zahlreicher Klippen schwer zugänglich ist, einen Besuch abgelegt. Während des einseitigen Sturms verhielt sich ihre Rückkehr. Da Lebensmittel fehlten, gestakete sich die Lage der beiden Deutschen immer schwieriger, die fortgesetzt Notsignale gaben. Erst am Mittwoch gelang es, den unheimlichen Gefangenen der Inseln Hilfe zu bringen und sie nach dem Festland zurückzuführen. Ihr Zustand ist trotz der langen Hungerzeit befriedigend.

Ein Windmühlensflugzeug mit 250 km-Stundengeschwindigkeit.

London, 12. Dez.

Einer Blättermeldung zufolge wurden am Dienstag vom Luftfahrtministerium Versuche mit einem Windmühlensflugzeug unternommen, das als größte der Welt bezeichnet wird. Während der Nacht der bisherigen Typen von Windmühlensflugzeugen in ihrer Langsamkeit bekannt, soll das neue Modell den Vorteil der Betriebsicherheit mit einer Stundengeschwindigkeit von mehr als 250 km. vereinigen. Es kam fünfmal bisher zwei Personen annehmen. Es heißt, das Luftfahrtministerium werde später die Verwendung der Maschine für militärische Zwecke prüfen.

St...

De...

(Mitgeteilt)

16. 12.: St...

30. 12.: St...

5. 1. 1935:

10. 1.: St...

20. 1.: St...

29. 2.: St...

2. 3.: St...

21. 3.: „Ba...

Immer...

die Verantw...

licht fröhlic...

Zimmer 7)

geben. Sow...

Weihn...

§ Der W...

Frage abgeho...

23. Jänner 1...

20. Jänner an...

Gemeinden o...

flammen. 3...

Schlichter im...

Während der...

16. 4. tag, h...

24. 4. tag, h...

Königsapfel...

Postpost, Bo...

hat gewiss v...

zu beobachten...

seinem Ausse...

auf die Kurze...

ten worden j...

Besondere...

frage schon v...

war. Sofort...

artiger Anst...

schon in den...

verkauft war...

drei Stunden...

nach nicht ver...

schnell abneh...

So hat al...

die Bevölkeru...

Obst zu verlor...

seiner deutlic...

feinsinnig ge...

Tren...

Saar...

= Im So...

sehrtragung...

gebung stand...

einen besonde...

Pieron, dem...

WDM-Führerin...

dem Redner d...

für, der in g...

tete. Man könn...

tonte er, daß s...

gebetes bei d...

Der Redner be...

ihrem deutschen...

eine Treue, die...

mit Recht aus...

ländern die Tr...

zung, der fern...

ausführen we...

nationalsozial...

gemeinsam ge...

schloß der Red...

mene Rede, die...

Band zu den d...

beutet hat.

Das HJ-Dr...

Oberlehrer S...

tung in danken...

Stimmung zu e...

Deutschland-...

an der auch S...

Wicht...

3. Nach den...

grenzordnung...

trieb von trans...

schreibe- und R...

Tieren auf W...

Weidewerke vor...

verzeichnis durc...

Kontrollbuch er...

gehoben. Es m...

schreibe- oder A...

Weidewerke von...

von Pferden un...

amtlichen Brand...

bedarf es jedoch...

Weidewerke.

Nähsunde...

= Jede Woc...

genden Tagen d...

9 bis 12 Uhr, n...

Dienstagmorgen...

von 3 bis 6 Uhr...

Donnerstagabend...

Stoffe vorhanden...

beteiligen, dami...

gelingt.

Die Tut...

für...

findet am Freit...

8 Uhr, in Bosh...

